

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 66 | März 2013

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

150 Jahre SPD. 150 Jahre Selbständige in der SPD.

Haben die Selbständigen ihren Platz in unserer Partei gefunden? Hat ihnen die SPD diesen Platz eingeräumt?

Fragen, auf die es keine eindeutigen Antworten gibt. Und in der Vergangenheit auch nie gab. Die Gründerväter der SPD waren Selbständige! Dazu gehörten der Tischlermeister und Fabrikant **August Bebel** sowie der Anwalt und Journalist **Ferdinand Lassalle**. In der Folgezeit war es für Selbständige schwierig, in der Arbeiterpartei SPD eine politische Heimat zu finden. Zwar gab es bereits 1928 eine „Ver-einigung sozialistischer Unternehmer“, aber politische Teilhabe gelang erst richtig nach dem 2. Weltkrieg, ermöglicht durch einen Wandel in der SPD.

1953 wurde in Essen die „Bundesarbeitsgemeinschaft Selbständig Schaffender in der SPD (AgsS)“ gegründet. Sie war nach dem Krieg die erste Arbeitsgemeinschaft der SPD! 1963 wurde sie in „Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)“ umbenannt.

Programmatisch blieb die SPD noch längere Zeit eine Arbeiterpartei. Das änderte sich erst mit dem Godesberger Programm von 1959. Die SPD bekannte sich mit der Verabschiedung dieses neuen Grundsatzprogramms zur Marktwirtschaft: „Freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“. Aus einer (sozialistischen) Arbeiterpartei

wurde eine (sozialdemokratische) Volkspartei. Damit war der Weg frei für insbesondere kleine Unternehmerinnen und Unternehmer, in dieser Partei mitzuwirken und Einfluss zu nehmen.

Heute werden selbständige Sozialdemokraten nur noch vereinzelt als „eigentlich dem Klassenfeind zugehörig“ empfunden. Die dieses Irrbild pflegenden Genossinnen und Genossen „übersehen“ geflissentlich die Bereitschaft der AGS-Mitglieder zu sozialer Verantwortung und ihre tiefe Verwurzelung in der SPD.

Auch wenn die Mitwirkungsmöglichkeiten der AGS auf Bundesebene kürzlich (wie auch für andere kleine AGen) beschnitten wurden: Ihr Wert als Vertreter kleiner und kleinster Unternehmen ist mittlerweile kaum noch umstritten. So Sigmar Gabriel in der Februar-Ausgabe des „Vorwärts“: „*Ich plädiere sehr dafür, dass sich die Sozialdemokratie darauf besinnt, für wen sie da ist. Wir müssen natürlich eine Volkspartei bleiben. Aber für uns muss auch klar sein: Wir sind vor allem für Arbeitnehmer da, auch für Selbständige und Handwerksmeister.*“ Das sollte sich in der gesamten Parteiführung herumsprechen.

Die geleistete Zielgruppenarbeit, vom Unterbezirk bis zur Bundesebene, ist bemerkenswert. Die Arbeit in Partei- und kommunalpolitischen Gremien ist vorbildlich. Gerade wir in NRW haben u. a. durch unsere Verbandsarbeit und unsere Mitwirkung bei Gesetzesvorhaben die Interessen unserer Mitglieder gut vertreten. Dabei sind wir keine reinen Lobbyisten, wie viele Mitglieder anderer Wirtschaftsorganisationen, z. B. aus CDU und FDP. Wir sind immer und zu-

Inhalt

seite 1

150 Jahre SPD. 150 Jahre
Selbständige in der SPD.....1

Leserreaktionen

Zum Artikel „Einheitlicher
Ansprechpartner“2

AGS vor Ort

AGS BOT: Neujahrsempfang mit
„Münze“3
AGS DO: „Politischer Salon“ und
UB-Konferenz mit Generalsekre-
tär André Stinka4
AGS EN: Mitgliederversamm-
lung bestätigt Vorstand einstim-
mig.....5

Handwerk/Umwelt

Heinz Buschkowsky zu Gast bei
der HWK Düsseldorf: „Neukölln
ist überall“6
Umweltzonen in NRW: Ein
Thema ohne Ende.....7

Wirtschaft

„Wohlstand von morgen. Wege
zu einem nachhaltigen Wirt-
schaftsmodell.“ – Bericht von
der Konferenz8

Fachkräftemangel

Über den Tellerrand geguckt:
„13-Punkte-Programm zum
Fachkräftemangel“ der AGS
Niedersachsen.....9

Europa

Zahlungsverzug: Neue Belastun-
gen für Selbständige10

Solo-Selbständige

Links und Infos10

Service

Termine, Redaktionsschluss,
Impressum10

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.ags-in-nrw.de
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von seite 1

erst Sozialdemokratinnen und Sozial-
demokraten!

Aber solche, die gewohnt sind, selb-
ständig zu denken und zu handeln. Die
maßgeblich zur Wirtschaftskompe-
tenz unserer Partei beitragen, und die
dafür sorgen, dass die SPD als Volkspar-
tei glaubwürdig ist. Die dabei helfen,
neue Potentiale für unsere Partei zu er-
schließen. Die dabei aber immer auch
die besonderen Belange der Selbstän-

digen vertreten, z. B. die Frage nach so-
zialer Absicherung.

**Wir haben unseren Platz in der SPD
schon lange gefunden. Aber er ist uns
nicht eingeräumt worden, wir haben
ihn uns erarbeitet.**



In diesem Sinne:

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

LESERREAKTIONEN

In der letzten Ausgabe der **AGS:NACH-
RICHTEN** veröffentlichten wir den Arti-
kel „Die Stadt als Dienstleister“ (für
Handel, Handwerk, Gewerbe und Frei-
berufler). Am Beispiel der Stadt Köln
beschrieben wir, wie ein/e Mittel-
standsbeauftragte/r als sog. „einheit-
liche/r Ansprechpartner/in“ einer Ver-
waltung bei der Umsetzung des Ziels
„Dienstleister“ helfen kann.

Ein Leser aus einer westfälischen Klein-
stadt griff unsere Anregung auf und
richtete eine Anfrage an den Bürger-
meister seiner Stadt. Dieser antwor-
tete (auszugsweise):

*„Einen solchen Dienstleister nach dem
Vorbild der Stadt Köln haben wir nicht.
Können wir auch nicht leisten vor dem
Hintergrund unserer eingeschränkten
Personalkapazitäten. [...] Hier ist es so,
dass mehrere Stellen sich kümmern
müssen. Wir sind bemüht, die Zusam-
menarbeit zwischen Marketing GmbH
und städtischer Wirtschaftsförderung
ständig zu verbessern. [...] Der einheitli-
che Ansprechpartner, der aus meiner*

*Sicht durchaus Sinn macht, wäre eine
Aufgabe, die vom Kreis für die kleineren
kreisangehörigen Kommunen wahr-
genommen werden könnte.“*

Das ist eine Antwort, die trotz perso-
neller und finanzieller Not der Kom-
munen nur bedingt nachvollziehbar
ist. Es ist ja häufig gar nicht notwen-
dig, einen „hauptamtlichen“ Mittel-
standsbeauftragten einzuführen. Es
sollte aber überall möglich sein, eine
Person als „Einheitlichen Ansprech-
partner“ für Gewerbetreibende zu be-
nennen – das erspart die zeitliche Ein-
bindung von Verwaltungskräften
durch „irrlichternde Anrufe“ und da-
mit Geld! Außerdem erspart es den
Gewerbetreibenden unnötiges Hän-
gen in Warteschleifen und nutzlose
Weiterleitungen. Und damit: Geld!
Eine Win-Win-Situation. Das hat nur
noch nicht jeder erkannt.

Der Leser, der unsere Anregung aufge-
griffen hat, sollte also nachhaken. Und
als Beispiel für andere dienen. <

AGS VOR ORT

Neujahrsempfang der AGS Bottrop:

Die große Politik zu Gast: „Münste“ spricht zur Demografie



Franz Müntefering, Susanne Brefort (AGS), Rüdiger Otto (AGS)

Am 17.02. hatte die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen und Unterehmer (AGS) der SPD Bottrop wieder zum Neujahrsempfang eingeladen. Hauptredner war diesmal MdB Franz Müntefering, dessen Rede zur demografischen Entwicklung mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Auch das Grußwort von OB Bernd Tischler kam bei den geladenen Gästen gut an: Er erinnerte daran, wie es Bottrop trotz aller aktuellen Probleme immer wieder schafft, Trends zu setzen und bürgernahe Stadt zu bleiben. Ausdrücklich lobte er das bürgerschaftliche Engagement vieler Bottroper.

Auf ein besonderes Jubiläum ging MdB Michael Gerdes ein. Er erinnerte daran, dass die SPD in diesem Jahr ihr 150-jähriges Bestehen feiert und dies in einer Tradition von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, für die mancher Genosse selbst seine Freiheit und sein Leben riskiert habe, etwa im Dritten Reich. Gerdes forderte hier ausdrücklich ein Verbot der NPD, was von spontanem Beifall seiner Zuhörerschaft unterstützt wurde. Michael Gerdes, der in diesem Jahr auch für den Bundestag kandidiert, erinnerte zudem an die Bergbautradi-

tion in Bottrop: Zwar ende in 2018 der subventionierte Bergbau auch hier, doch werde bereits geplant, die Bergwerke als Energiespeicher zu nutzen. Höhepunkt des Vormittags war sicherlich die Rede von MdB Franz Müntefering, der auch begeistert empfangen wurde. Geschickt verband er in seiner Rede die Problematiken demografischer Entwicklung mit den ökonomischen Konsequenzen, schlug den Bogen von Zuwanderung und Geburtenrückgang zur Rentensicherung und wirtschaftlichen Entwicklung einer sich verändernden Gesellschaft. Überraschend für viele ließ es sich Franz Müntefering nicht nehmen, fast jedem der rund 150 Anwesenden die Hand zu geben oder einige Worte mit ihm zu wechseln – das kam bei den Gästen, ebenso wie seine Rede, gut an. Die Veranstaltung wurde moderiert von der Vorsitzenden der AGS Bottrop,

Susanne Brefort, die auch gleich auf den nächsten Veranstaltungstermin hinwies:

Am 07.03. ist MdB Thomas Eiskirch zu Gast, er spricht zum Thema „*Neues Mittelstandsgesetz und Unternehmensförderung in NRW*“ (20 Uhr, Saal der Gaststätte „The Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop). Gäste sind herzlich willkommen. Da ein kleiner Imbiss gereicht wird, bitten die Veranstalter um kurze Anmeldung unter der Adresse [↗kontakt@ags-bottrop.de](mailto:kontakt@ags-bottrop.de).

Die AGS Bottrop veranstaltet etwa alle zwei Monate Veranstaltungen mit unternehmensrelevanten Informationen, immer aktuell auf der Internetseite [↗www.ags-bottrop.de](http://www.ags-bottrop.de) oder auf der Facebook-Seite der AGS Bottrop. In diesem Jahr sollen auch einige Exkursionen zu interessanten Unternehmen in Bottrop und der Region stattfinden. <

AGS VOR ORT

André Stinka, Generalsekretär der NRWSPD, zu Gast in Dortmund: „Politischer Salon“ und Unterbezirkskonferenz der AGS Dortmund



Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) im Unterbezirk Dortmund trafen sich am 18.02.2013 zum mittlerweile vierten „Politischen Salon“, einer Veranstaltungsreihe mit namhaften Referent/Innen, exklusiven Themen und ungewöhnlichen Einblicken in die Politik. Direkt im Anschluss fand am selben Ort die Unterbezirkskonferenz der AGS Dortmund statt.

Ehregast war diesmal André Stinka, Generalsekretär der NRWSPD, der eigens aus Düsseldorf angereist war. Auf der Basis von – auch schonungslosen – Analysen der letzten Wahlen in Bund und Land stellte er in seiner Präsentation die inhaltlichen und organisatorischen Eckpunkte des bevorstehenden Bundeswahlkampfes vor.

Zur Sprache kamen auch das neue Mittelstandsgesetz in NRW und das neue „Klima“ in der Kommunikation mit Kammern, Verbänden und insbesondere dem Handwerk – vom damaligen NRW-Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger initiiert und von seinem Nachfolger Garrelt Duin konsequent fortgesetzt. Einigkeit zwischen André Stinka und den Anwesenden bestand erwartungsgemäß auch darin, dass die Interessen von Klein(st)unternehmen und Solo-Selbständigen stärker

als bisher, und vor allem noch deutlicher erkennbar berücksichtigt werden müssen.

Im Anschluss stand André Stinka noch lange für Fragen aus dem Publikum zur Verfügung, trotz wichtigem Folgetermin, den er ganz sicher nicht mehr pünktlich erreicht haben dürfte.

Fazit des vierten „Politischen Salons“: Ein sehr informativer und motivierender Wahlkampfauftakt durch den Generalsekretär, ein Streifzug durch sozialdemokratische Positionen, mit klaren Abgrenzungen zur schwarz-gelben „Politik“, inhaltlich zwar nicht durchgängig AGS-spezifisch – aber die AGS hat sich ja auch noch nie als monothematisch verstanden.

Gast des zweiten Teils der Veranstaltung, der ordentlichen UB-Konferenz, war **André Brümmer, Vorsitzender der**

AGS in Nordrhein-Westfalen, der den weiten Weg aus Stolberg (Krs. Aachen) nicht gescheut hatte und gewohnt souverän durch die Tagesordnung bis zur Wahl des neuen Vorstands führte – mit den folgenden Ergebnissen:

Michael Henke (Dipl.-Ing.), wurde dabei einstimmig (bei einer Enthaltung) als Vorsitzender der AGS Dortmund bestätigt, ebenso *Franz Rüter (Rechtsanwalt)* und *Jürgen Gutermann (Dipl.-Designer)* als Stellvertreter.



AGS VOR ORT

Die Schriftführung übernehmen *Kornelia Michalski (Ernährungsberaterin)* und *Dr. Andreas Bach (Dipl.-Ök., Bilanzbuchhalter/IHK)*; beide gehörten auch schon dem alten Vorstand an.

Besonders erfreulich ist, dass dem Vorstand gleich fünf neue Mitglieder angehören, die den ebenfalls einstimmig wiedergewählten Beisitzern *Dirk*

Goosmann (Rechtsanwalt) und *Thomas Krause (Dipl.-Ing.)* zur Seite stehen: *Marcel Beckmann (Rechtsanwalt)*, *Felix A. Münter (Dipl.-Sozialarbeiter)*, *Daniel Naumann (Geschäftsführer)*, *Guido Schlösser (Musiker)* und *Martin Weber (Versicherungsmathematiker)*. Gewählt wurden zudem die Delegierten für die nächste AGS-Landeskonferenz am 13. April in Düsseldorf.

Als erste Maßnahme wird der neue AGS-Vorstand allen über 80 Dortmund-Ortsvereinen das Angebot unterbreiten, politische Positionen und Ziele der SPD-Selbständigen in ihren Sitzungen vor Ort kurz vorzustellen. <

Mitgliederversammlung der AGS Ennepe-Ruhr: Vorstand einstimmig bestätigt



Andreas Hake, Dr. Michael Dauskardt, Frank Jakob und Ralph Schürmann

Anlässlich der Mitgliederversammlung der AGS EN am 20.02.2013 wurde der bisherige Vorstand einstimmig in seinem Amt bestätigt. Somit können Frank Jakob als Vorsitzender und seine Stellvertreter Dr. Michael Dauskardt, Andreas Hake sowie Ralph Schürmann ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Nach dem Vortrag von Thomas Stotko MdL mit dem Thema „Zwei Monate Mittelstandsförderungsgesetz NRW – jetzt wird alles gut, oder?“, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die zukünftigen Chancen und Risiken vornehmlich der klein- und mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen und hier besonders im Ennepe-Ruhr-Kreis. Dabei wurde insbesondere die anhaltende Kredit-

klemme thematisiert, die etliche Betriebe in ihrer Existenz bedroht.

Neben den zahlreichen Aktivitäten, die die AGS EN während der letzten zwei Jahre gestemmt hat, bestand Einigkeit unter den Mitgliedern darüber, dass in 2013 wieder eine Last-Minute-Ausbildungsbörse für solche Schulabgänger angeboten werden soll, die im ersten Anlauf keinen Aus-

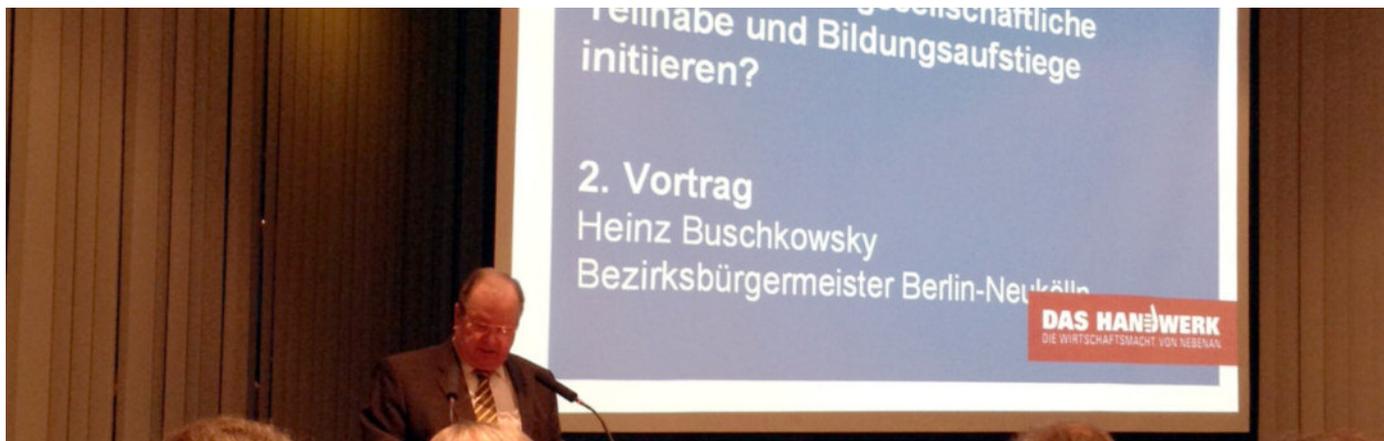
bildungsvertrag abschließen konnten. Dieses erfolgreiche Projekt, das über mehrere Jahre zusammen mit den Jusos in Witten durchgeführt wurde, erhielt als Anerkennung den 3. Platz beim Wilhelm-Dröscher Preis auf dem SPD-Bundesparteitag 2011. <

– Michael Dauskardt

HANDWERK

Gast der Handwerkskammer Düsseldorf:

Heinz Buschkowsky: „Neukölln ist überall“



„Neukölln ist überall!“ – so lautet der Titel seines Buches. Wie in Neukölln, so gibt es auch in Duisburg, Dortmund und vielen anderen Städten ähnliche Probleme.

Neukölln ist nicht überall! Aber an vielen Orten. „Gewalt auf Straßen, hohe Arbeitslosigkeit, Überfremdungsängste bei der einheimischen Bevölkerung – das ist die Realität in Berlins berühmten Problembezirk [...] Buschkowsky sagt, was sich in Deutschland dringend ändern muss. Er redet Klartext!“, so der Umschlagtext seines Buches. Klartext hat Heinz Buschkowsky auch in Düsseldorf geredet. Dorthin hatte ihn die Handwerkskammer Düsseldorf eingeladen.

„Integration im Realitäts-Check – Wie können wir gesellschaftliche Teilhabe und Bildungsaufstiege initiieren?“. So lautete das Motto, unter dem die HWK zu einer Sonderveranstaltung am 19. Februar 2013 eingeladen hatte. Warum fiel die Wahl für eine Veranstaltung des Handwerks gerade auf dieses Thema?

„Bei uns zählt nicht, wo man herkommt. Sondern wo man hin will!“ Der Slogan der erfolgreichen Imagekam-

pagne des Deutschen Handwerks zeigt, wie selbstverständlich das Handwerk Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund aufnimmt und in die Betriebe integriert.“, so die Begründung in der Einladung. Und weiter heißt es dort: *„Integration ist jedoch kein ‚Selbstläufer‘, sondern eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. [...] Was können wir tun, um die Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern?“*

Siegfried Schrenpf, Vizepräsident der HWK Düsseldorf, begründete in seiner Einleitung die Notwendigkeit des Gelingens von Integration in zwei Punkten:

- 1.) **ökonomisch:** Um dem wachsenden Arbeitskräftemangel zu begegnen, dürfe niemand mehr verloren gehen.
- 2.) **gesellschaftlich:** Es gebe verschiedene Milieus, die nichts mehr miteinander zu tun haben wollen.

Heinz Buschkowsky wies folgend auf zwei „Lebenslügen deutscher Integrationspolitik“ hin:

- 1.) „Die gehen alle wieder heim!“
- 2.) „Wo eine multikulturelle Gesellschaft entsteht, beinhaltet sie alles Gute aus den verschiedenen Kulturen!“

Buschkowsky kritisierte zu These 1.), dass für Teile der Politik Deutschland immer noch kein Einwanderungsland sei. Wegen dieser Ignoranz werde immer noch falsche Integrationspolitik betrieben. Auch These 2.) gelte nur eingeschränkt. Probleme gebe es insbesondere mit sozial schwachen Einwanderern.

REGELN

In anderen Kulturkreisen gebe es andere Regeln. Einigen Einwanderern falle es schwer, die bei uns bestehenden Regeln zu befolgen. Das sei aber notwendig. Im Fußball könne man auch nicht nach Handballregeln spielen. Buschkowsky vertrat die These, dass Einwanderung dem Land nutzen müsse. Dazu seien Regeln und Steuerungsmechanismen einzuführen. Be-

HANDWERK / UMWELT

reits die Süßmuth-Kommission habe un-
geregelten Zuzug angeprangert.

BILDUNG

Bildung sei das zentrale Thema von
Integrationspolitik. „Eltern sind oft un-
fähig zur Begleitung der Bildung ihrer
Kinder“, so Buskowsky. Hier seien
staatliche Eingriffe erforderlich. Förde-
rung bedeute nicht, die (Leistungs-)
Latte immer tiefer zu hängen.

20% aller Jugendlichen verlasse ausbil-
dungsunfähig unsere Schulen. Der Er-
halt unseres Lebens in Wohlstand be-
dinge aber eine Integration insbeson-
dere der Kinder. Die Eltern seien oft
eine Gefahr für die Entwicklung ihrer
Kinder. Hier sei die Ausbildung von
„Stadtteil-Müttern“ zur Begleitung un-
fähiger Eltern ein erfolgreich erprobter
und kostengünstiger Lösungsweg.
Notfalls müsse man, z.B. bei Schulver-
weigerern, auch zu Sanktionsmitteln
gegen die Eltern greifen.

ZUWANDERUNG

Die (gewollte) Zuwanderung „kluger
Köpfe“ unterbleibe, da Deutschland
nicht attraktiv genug sei. Zu gewoll-
ter Einwanderung gehöre auch eine
„Willkommenskultur!“

PROBLEMLÖSUNGEN

1. Klare Leitlinien schaffen: „Was geht,
und was geht nicht!“
2. Bildungs-Teilnahme durchsetzen,
notfalls durch Sanktionen.
3. Verpflichtender Vorschul- und
Schulunterricht im Ganztage.
4. Willkommenskultur schaffen: „Die
Gesellschaft hat einen Platz für
Dich, aber: Erfolg hast Du nur
durch Anstrengung und Disziplin!“
5. Familienförderung verbessern, In-
effizienz beseitigen.
6. Wirtschaftsförderung für Problem-
bereiche (entsprechend der frühe-
ren „Zonenrand-Förderung“)

Die anschließende, lebhafteste Ausspra-
che moderierte Dr. Axel Fuhrmann.
Der Hauptgeschäftsführer der HWK
Düsseldorf dankte dem Gast für seine
klaren Worte.

Lang anhaltender Applaus des Publi-
kums (randvoller Saal!) für die Aus-
führungen von Heinz Buschkowsky
zeigten, dass er mit „klaren Worten“
und Handlungsvorschlägen eine brei-
te Zustimmung des Publikums erhal-
ten hatte. Nicht träumen, nicht reden,
handeln! So macht es Buschkowsky in
Neukölln vor. Und so wünschen wir es
uns auch für unsere Städte. <

Regelungswut (I):

Umweltzonen in NRW: Ein Thema ohne Ende

NRW-Umweltminister Rimmel kann seine Regelungswut nicht bremsen. Obwohl die Klima-Wirksamkeit höchst umstritten ist, gibt es seit 01.01.2013 drei Städte mit Umweltzonen mehr.

**Und zwar Langenfeld, Mönchenglad-
bach und Remscheid. Zusätzlich wur-
den in anderen Städten die Bestim-
mungen dazu verschärft, wer die be-
stehende Umweltzone befahren darf.**

Für Gewerbetreibende bedeutet das
eine weitere Belastung. Um so wichti-
ger ist es, sich über Ausnahmerege-

lungen und Fördermöglichkeiten für
die Umrüstung seiner Fahrzeuge zu
informieren. Das Ministerium für Kli-
maschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz des
Landes NRW informiert dazu auf sei-
ner [Homepage](#).

Aber auch die örtlichen Handwerks-
und Industrie- und Handelskammern

wissen Rat. Für Wartungs- und Repa-
raturarbeiten in einer Umweltzone
sind z.B. Ausnahmegenehmigungen
zu erhalten. Aber auch das bedeutet
Bürokratie und Aufwand. Es fragt sich,
wem es nützt: Der Regierungswut des
Ministers oder tatsächlich der Um-
welt?! <

WIRTSCHAFT

Dr. Michael Dauskardt über eine Konferenz des „Denkwerks Demokratie“: „Wohlstand von morgen. Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell.“

Am 14. Februar 2013 fand die Konferenz „Wohlstand von morgen. Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell“ des Projektes „Denkwerk Demokratie“ in Kooperation mit der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der EU in Berlin statt.

Unter der Moderation der Journalistin und Autorin Petra Pinzler fand zunächst – nach kurzen Impulsbeiträgen der TeilnehmerInnen – eine Podiumsdiskussion zu dem ambitionierten Themenfeld „Kurswechsel? Transformation? Neuer Fortschritt? Aber wohin? – Konzepte für soziales und ökologisches Wirtschaften“ statt.

Rainer Baake (Direktor Agora Energie- wende), Reiner Hoffmann (Vorsitzen- der des Landesbezirks Nordrhein der IG BCE), Prof. Dr. Gustav Horn (Wissen- schaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturfors- chung – IMK – der Hans-Böckler-Stif- tung) sowie Dr. Inge Paulini (General- sekretärin des wissenschaftlichen Bei- rats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU), wa- ren sich zwar einig, dass wir ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht brau- chen, das die Auswirkungen des Kli- mawandels berücksichtigt und nach- haltige Strategien gegen die fort- schreitende Umweltzerstörung ent- wickelt. Allerdings gab es durchaus unterschiedliche Einschätzungen zwis- chen den Diskussionsteilnehmern darüber, wie es auch zukünftig gelin- gen kann, bei einer wachsenden Bevölkerung weiteren Wohlstand zu sichern.

Hier machte vor allem Reiner Hoff- mann deutlich, dass auf dem Weg zu

einer neuen Wirtschaftspolitik den Unternehmen in Deutschland eine realistische Chance zu Prosperität und Wachstum eingeräumt werden müsse – das vor dem Hintergrund, dass der relativ hohe Grad der Indus- trialisierung in Deutschland sich als Motor der wirtschaftlichen Stabilität erwiesen hat.

In einer zweiten Diskussionsrunde zum Thema „Neues Denken, neue Alli- anzen, neue Balance? – Gesellschaft- liche Mehrheiten für ein soziales und ökologisches Wirtschaften“ mit Sig- mar Gabriel, Jürgen Trittin, Reiner Hoffmann in Vertretung des erkrank- ten Detlef Wentzel (Zweiter Vorsitzen- der der IG Metall) und Prof. Dr. Hart- mut Vogtmann (Präsident des Deut- schen Naturschutzringes), entzünde- te sich die Diskussion zunächst an dem Statement von Prof. Vogtmann, dass die Politiker ihre Versprechen in Sachen Naturschutz seit Jahrzehnten nicht eingehalten hätten und Forde- rungen z. B. zu einer nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft auf der Stelle träten.

Diesen Frontalangriff relativierten die Politiker Gabriel und Trittin mit Hin- weis auf die zahlreichen Erfolge der rot-grünen Regierung bei Umwelt, Naturschutz und Klimawandel.

Einig waren sich die Teilnehmer dage- gen in der Einschätzung, dass die Kri- terien wie Wachstum, Beschäftigung,

Preisstabilität und Außenhandels- bilanz, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nach einer Definition von Wohlstand in Deutschland (sog. Magisches Viereck) aus den 1960er Jahren nicht mehr gerecht werden.

Sie schlossen sich der Forderung eines von der Konferenz „Denkwerk Demo- kratie“ vorgelegten Diskussionspa- piers nach einem neuen „Magischen Viereck“ an, das

- die Nachhaltigkeit der Staatstätig- keit und der Staatsfinanzen,
 - materiellen Wohlstand und ökonomische Nachhaltigkeit,
 - soziale Nachhaltigkeit und
 - ökologische Nachhaltigkeit
- als Kriterien für eine zukunftsfähige „Wohlstandsmessung“ beschreiben.

So sollte das überholte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967 durch ein „Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz“ ersetzt werden. <

– Michael Dauskardt

FACHKRÄFTEMANGEL

Über den Tellerrand geguckt:

AGS Niedersachsen: „13-Punkte-Programm zum Fachkräftemangel“

AGS-Arbeit wird länderübergreifend geleistet. Es lohnt sich immer wieder, über den Tellerrand zu gucken. Aus Niedersachsen erreicht uns ein Beitrag von Professor Michael Hamann, dem Landesvorsitzenden der dortigen AGS. Für den Bundesvorstand der AGS hat er ein Diskussionspapier mit Forderungen zur Abwehr des drohenden Fachkräftemangels veröffentlicht.

In 13 Punkten fasst er zusammen, wie wir das immer stärker spürbare Problem „Fachkräftemangel“ lösen könnten.

Vorwort

Die Forderungen sind entstanden als Ergebnis unserer niedersächsischen Jahresklausur 2012, bei der wir einen Tag lang mit dem BDA, DGB und der Handwerkskammer diskutiert haben. Eingearbeitet habe ich auch die verschiedenen Ministeriumsmeinungen und die Aussagen der SPD-Bundestagsfraktion.

Forderungen zur Abwehr des drohenden Fachkräftemangels

Potenziale ausbilden und qualifizieren

01. Wir fordern eine optimale frühkindliche Erziehung. In ausreichendem Umfang muss Ganztagsbetreuung möglich sein.
02. Wir fordern, das System der Ganztagschulen zügig auszubauen.
03. Wir fordern die Einführung eines Faches „Technik“ an den Schulen, damit die Schüler auf die Anforderungen der Praxis und auf Arbeitsfähigkeit, insbesondere in den MINT-Fächern, vorbereitet werden.
04. Wir fordern, die individuelle Förderung während der schulischen Ausbildung zu verstärken.

05. Wir fordern ausreichend Masterstudienplätze, damit niemand aus Platzgründen sein Studium nach dem Bachelor-Abschluss beenden muss. Zudem fordern wir die offene Hochschule, d.h. die Anerkennung der beruflichen Qualifikation für die Zulassung zum Studium.

06. Wir fordern eine Qualifizierungsoffensive zur Aus- und Weiterbildung, andernfalls entwickelt sich der gespaltene Arbeitsmarkt weiter.

Potenziale effektiver nutzen

07. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn und setzen uns für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ein.
08. Wir fordern, jede Form von Lohndumping zu stoppen.
09. Wir fordern, Frauen wirkungsvolle Anreize zu bieten, ins Berufsleben zurückzukehren, statt sie durch Betreuungsgeld und/oder durch Fehlanreize im Steuerrecht und bei der Sozialversicherung von der Berufstätigkeit abzuhalten.
10. Wir fordern, ältere Arbeitskräfte und deren Fachwissen durch ein Bündel von Maßnahmen in den Betrieben zu halten.
11. Wir fordern, die Risiken von beruflichen Übergängen und Erwerbsunterbrechungen besser abzusichern.

Zusätzliche Potenziale schaffen

12. Wir fordern, die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern.
13. Wir fordern bessere Chancen für Unternehmensgründer.

Die Forderungen von Prof. Hamann decken die gesamte Palette unserer Forderungen ab. Der Text ist auch in einer langen Version mit ausführlicher Einführung ins Thema und jeweils kurzen Erläuterungen zu den einzelnen Forderungen verfügbar. Download unter:

➔ AGS NDS: Fachkräftemangel (PDF, 91 kB)

Wir sollten die Anregung des niedersächsischen Kollegen aufgreifen, und Vorschläge sowie Anmerkungen zu den Texten machen! <

Regelungswut (II):

Zahlungsverzug in Europa: Neue Belastungen für Selbständige

Unternehmen wissen Europa zu schätzen. Der gemeinsame Wirtschaftsraum eröffnet den Unternehmen große Vorteile. Aber bei aller Europa-Begeisterung – Kritik ist leider auch immer wieder angebracht: An der Regelungswut der Europäischen Bürokratie und deren Auswirkung auf unsere Unternehmen. Wenn wir uns wenigstens auf die Vertretung unserer Interessen durch die Bundesregierung verlassen könnten. Aber: Die ist wohl wieder mit anderen Dingen beschäftigt.

Worum geht es diesmal: Die EU-Kommission bemüht sich in einer Initiative um die Stärkung der Zahlungsmoral. So weit, so gut. Aber anstatt die bewährten Regelungen in Deutschland zum Maßstab zu nehmen, will die EU weit hinter diesem Standard zurück bleiben. Das kritisiert auch

Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH): „In Deutschland existiert das Leitbild der unverzüglichen Abnahme und sofortigen Zahlung. Die Aufnahme einer 30-Tage-Abnahme bzw. 60-Tage Zahlungsfrist in den Wortlaut des Gesetzes ist dagegen eine offene Einladung an potentielle Marktteilnehmer, sich über entsprechende Vertragsklauseln günstige Zahlungs- und Abnahmefristen zu sichern. Die kleinen und mittleren Betriebe [...] sind dann die Verlierer.“ Was können wir tun? Wenn die Bundesregierung unsere Interessen in Europa nicht ausreichend schützt, sollten wir unsere Europa-Abgeordneten auf dieses Thema aufmerksam machen. <

Weitere Infos:

➔ Website des ZDH

Solo-Selbständigkeit: Links und Infos

SPIEGEL Online vom 13.02.2013:

➔ „Selbständigkeit: Zahl der Solo-Unternehmer ist stark gestiegen“

Deutsches Institut für Wirtschaft (DIW):

„Situation und Entwicklung von Soloselbständigen in Deutschland und Europa“

➔ Pressemitteilung zur Untersuchung

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang April 2013, Redaktionsschluss ist der **27.03.2013**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse ➔ redaktion@ags-in-nrw.de senden.



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Termine

Was ist wann los in NRW?

März 2013

Donnerstag, 07.03.2013, 20:00 Uhr

AGS Bottrop: Unternehmerstammtisch

➔ Zu Gast ist Thomas Eiskirch MdL mit dem Thema „Neues Mittelstands-gesetz & Unternehmensförderung“ (siehe auch Seite 3)

„The Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop

April 2013

Samstag, 13.04.2013, 10:00 Uhr

Landeskonzferenz der AGSNRW

➔ Die Einberufung ist fristgerecht Mitte Januar 2013 durch das Landesbüro erfolgt. Dieser Termin dient daher nur der Erinnerung ...

CVJM, Graf-Adolf-Str. 102, 40210 Düsseldorf

Samstag, 20.04.2013, 11:00-15:00 Uhr

Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

➔ Die NRWSPD lädt herzlich zur Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt im SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen ein. Diese Einladung darf gerne an andere Interessierte weitergegeben werden.

Düsseldorf (weitere Infos waren bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar)

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

➔ www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW